

ständig in einem Atem nennen und es auf die gleiche Stufe stellen. Angesichts der Tatsache, daß in Deutschland die Kirchen staatliche Zuschüsse erhalten und der nationalsozialistische Staat sich ausdrücklich auf den Boden des positiven Christentums gestellt hat, während in Sowjetrußland jedes kirchliche Leben mit Blut und Terror ausgerottet wurde, bedeutet eine Vermengung so weitestmöglicher politischer Begriffe bereits eine starke Herausforderung gegenüber Deutschland.

Die in Oxford zusammengekommenen Kirchenvertreter werden also kaum das Verständnis für die eigene Gefelligkeit des gegenwärtigen Geschehens in Deutschland aufbringen können. Wenn sie trotzdem über innerdeutsche Dinge urteilen wollen, so müssen sie uns auch erlauben, die Berücksichtigung eines solchen Nichteriums anzudeuten. Und das um so mehr, weil die Deutsche Evangelische Kirche aus den bekannten Gründen in Oxford nicht vertreten ist, es also keine autorisierten Sprecher des deutschen Kirchenvolkes auf der Konferenz gibt, die in der Lage wären, irgendwelchen Angriffen auf Deutschland entgegenzutreten. Trotz des deutschen Verbleibens kann man sich in Oxford nicht so stellen, als ob in den vergangenen vier Jahren in Deutschland alles beim alten geblieben wäre. Ob man will oder nicht, müssen einige geschichtliche Realitäten zur Kenntnis genommen und als schließende Tatsachen gewertet werden. Eine solche Tatsache ist die Gemeinschaft des deutschen Volkes über die Schranken der Konfessionen hinweg. Diese neue Volksgemeinschaft geht über die Bindung und Bedeutung des kirchlichen Gemeindegedankens weit hinaus. Nach nationalsozialistischer Auffassung sind Konfessionen für einen Staat nur dann wertvoll, wenn sie die edelsten Werte eines Volkstums stiften, klären und durchsetzen. In allen Dingen also, die Staat und Volk angehen, haben sich nicht die der Kirche, sondern hat sich die Kirche ihnen anzupassen. Daran wird auch die Konferenz in Oxford nicht rütteln können, und sie läßt gut, sich hierüber keinen Täuschungen hinzugeben.

Auf der anderen Seite gibt es genug positive Führungspunkte zwischen dem Weltchristen-

tum und dem nationalsozialistischen Staat, über die eine Erörterung lobend würde. Es sei nur an die Leistungen praktischen Christentums erinnert, die der Nationalsozialismus in Deutschland zuwege brachte, Leistungen auf moralischem und sozialem Gebiet, die von keinem Staat der Erde übertroffen worden sind. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit und des sozialen Elends, die Förderung des Familienlebens und der Gesundheit, die schonungslose Ausrottung entfallender und kulturvolksverwiltlicher Erscheinungen, das Verbot der Gottlosenbewegung und die strenge Bekämpfung von Gotteslästerung — das alles sind Erfolge der nationalsozialistischen Staatsführung, die von der Kirche allein nie und nimmer erzielt werden konnten.

Das nationalsozialistische Deutschland ist also gut gewappnet, wenn es von dem Oxford Konvent in irgendeiner Weise angegriffen werden sollte. Daß dies der Fall sein wird, darüber besteht leider nur noch wenig Ungewißheit. Die protestantische Synode von Paris hat deshalb in kluger Voraussicht ihre Beteiligung in Oxford abgelehnt, weil sie zu den „Vollkirkern“ der öumenischen Bewegung kein Vertrauen aufbringt. Die Annahme der Weltkirchenkonferenz, über eine ihr wesensfremde Materie richten zu wollen, hat sie, noch ehe sie überhaupt begann, auf glattes Eis geführt. Hinzu kommt die Atmosphäre, in der diese Konferenz stattfindet. Die anglikanische Kirche hat sich in dem Kampf gegen das neue Deutschland besonders ausgezeichnet, und wir haben die infamen Beleidigungen durch den Defen von Canterbury und seine schrankenlose Verherrlichung der bolschewistischen Briekermörder von Valencia nicht vergessen. Dieser Defen aber ist der enge Mitarbeiter des Erzbischofs von Canterbury, Dr. Pang, des Mannes, der in Oxford den Vorstoß führt und der auf die Ablehnung der Beschlüsse der Konferenz entscheidenden Einfluß hat. Wenn in Oxford orthodoxe Ansichten vertreten werden, das heißt, wenn man nach patriarchalem Vorbild protestantische Engherzigkeiten gegen die „modernen Staaten“ (hier: Deutschland) lockt, so wird das seinen praktischen Erfolg haben. Der Saft des Weltprotestantismus würde damit aber ein Schlag verfehlt, den er so leicht nicht verwunden könnte.

Die Pressebeziehungen Berlin-Wien

Berlin, 12. Juli.

Bei den vom 8. bis 10. Juli durchgeführten deutsch-österreichischen Pressegesprächen im Sinne des Abkommens vom 11. Juli 1936 wurden auch die Fragen der gegenseitigen Pressebeziehungen eingehend erörtert. Bei diesen Pressegesprächen war der Gedanke maßgebend, daß gerade die Haltung der Presse in beiden Ländern für eine gedeihliche Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten von größter Bedeutung ist. Demgemäß wurde im Auge der in freundschaftlichem Geist geführten Unterhaltung die Beobachtung gewisser Grundsätze für notwendig erklärt.

Es sollen künftig im Nachrichtenbereich und in der Presse keinerlei Nachrichten, die im anderen Lande Aufruhr erregen und eine Polemik entfachen könnten, ungeprüft veröffentlicht und auch keine Nachrichten aus autorität unerschütterlich genannten Blättern und Agenturen übernommen werden. Ferner sollen sich die Berichterstattung und der Artikelbereich in loyaler Weise auch mit den positiven Leistungen in den beiden Ländern befassen und sich nicht ausschließlich in negativer Richtung bewegen; insbesondere sollen Angriffe persönlicher Natur unterbleiben. Fragen der Weltanschauung und der Staatsauffassung sollen auch dort, wo Meinungsverschiedenheiten bestehen, sachlich und in nicht beleidigender Form behandelt werden. Die Presse soll sich jeder Unterhänkung oder Ernüchterung einer gegen den anderen Staat und dessen Regierung gerichteten Verleumdung enthalten und sich der Verantwortung bewahrt sein, die der Publizität beider Staaten durch deren Zugehörigkeit zum deutschen Volk auferlegt ist.

Die gesamte reichsdeutsche Presse steht seit 1933 rückhaltlos im Dienste des nationalsozialistischen Staates. Es war daher für sie von vornherein selbstverständlich, daß sie auch das Abkommen, das die Regierungen von Berlin und Wien vor einem Jahre abgeschlossen, aufrichtig begrüßte und zu ihrem Teil zu erfüllen suchte. Auf der anderen Seite hat diese unbedingte Vorantsetzungen jedoch nicht durchweg bestanden. Im Zeichen der sogenannten „Pressefreiheit“ glaubten vielmehr noch immer einige, zum Teil jüdische Blätter, das Juliabkommen sabotieren und den reichsdeutschen Vertragspartnern in immer neuer Form verdächtigen zu können. Solchen Eitragungsverhalten ist durch das neue Presseabkommen, das den Zeitungen ausdrücklich zur Pflicht macht, sich auch mit den positiven Leistungen der beiden Länder zu befassen, nicht immer nur das Negative zu betonen und vor allem Angriffe persönlicher Natur (wie sie aus der reichsdeutschen Presse seit langem verbannt sind) zu unterlassen, endgültig ein Riegel vorgeschoben worden. Angesichts der Bedeutung, die der Presse im Hinblick auf die öffentliche Meinungsbildung zukommt, ist das neue Abkommen von nicht zu unterschätzendem Wert.

Gefängnis für einen Kaplan

Nagaz, 12. Juli.

Der 27jährige Kaplan Johann Nielsen aus Nisterich bei Nagaz wurde vom Sondergericht Adin, das am Montag in Nagaz saß, wegen mehrerer Verbrechen gegen das Heimatsgesetz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte Schüler, die ihn auf der Straße mit dem deutschen Gruß grüßten, als „dumme Jungen“ bezeichnet und ein anderes Mal hatte er dabei mit dem Finger an die Stirn geklopft. Einem Schüler, der als Vorkämpfer mit dem deutschen Gruß die Klasse verließ, hatte er sogar eine Ohrfeige gegeben. Endlich hatte er, als ihm ein WDW-Mitglied angeboten wurde, frech geantwortet: „Es ist doch noch nicht Kraftnacht, daß ich ein solches Ding anhefte!“

In der Verhandlung entschuldigte sich der Angeklagte mit einer Krankheit, die seine Selbstbeherrschung herabgemindert habe. Das Gericht folgte den Darlegungen und dem Antrag des Staatsanwaltes, indem es die Handlungen und die Reuerungen des Angeklagten als Verhöhnung des deutschen Grußes und des WDW wertete und bestrafte.

Dr. Ley: Gesundheit ist nicht Privatsache

Gannow, 12. Juli.

Am Sonntag weihte Reichsorganisationsleiter Dr. Ley in Gannow, um das dortige Landeskrankenhaus, das künftig den Namen Dr. Robert Ley-Krankenhaus führen wird, einzuweihen. Die Grundidee des Volksgesundes, Dr. Ley u. a. aus, sei die körperliche und seelische Gesundheit. Der Kampf um die Gesunderhaltung gehe um keinen einzelnen Beruf oder um eine Klasse, sondern um das ganze deutsche Volk. „Wir sind alle Soldaten des Führers“, erklärte Dr. Ley, „und können nicht dulden, daß jemand denkt, die Gesundheit sei Privatsache. Wir haben darüber zu wachen, daß jeder Deutsche die höchste Leistung vollbringen kann.“ Wir hätten den Versuch gemacht, so fuhr Dr. Ley fort, in vier Gauen zu einer Gesundheitsabläufe zu kommen, die zuverlässiger sei als die Statistik, und dabei festgestellt, daß 51 v. H. der Volksgenossen kranke Wesen seien. Man müsse von jedem Deutschen fordern, daß er sich jährlich mindestens einmal unterziehen lasse. Denn es sei wichtiger, Krankheiten vorzubeugen, um sie zu verhindern, als später zu heilen zu lassen. Es sei nötig, nicht durch Verordnungen, sondern durch Berufserziehung den deutschen Menschen dahin zu bringen, daß er sich gesund erhalte. Die Werkstätten hätten als weltanschauliche Vortruppe die Aufgabe, auch hier beispielgebend zu wirken. Das Ziel sei immer die höchste Leistung.

Mord an einem Sechzehnjährigen

Gannow, 12. Juli.

In einer Kiefernhecke in der Lüneburger Heide auf dem Berge bei Celle und Coltau wurde der am 12. Dezember 1930 zu Dellmin in Pommern geborene Hans Zimmermann mit zahlreichen Stichverletzungen tot aufgefunden. Zimmermann hatte sich am 28. Juni aus der elterlichen Wohnung in Weidmühl entfernt.

Der frühere englische Ministerpräsident Ramsay MacDonald

ist nach Südamerika reisen. Es wird betont, daß es sich nur um eine Erholungsreise handeln wird.

Polens „Festtag des Meeres“ in Gdingen

Eine starke Kriegesflotte soll gebildet werden - 600 000 Mitglieder der Meeresliga

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Juli.

Sonntag und Montag fanden in Gdingen in Anwesenheit des polnischen Staatspräsidenten die Festlichkeiten anlässlich des diesjährigen „Festtags des Meeres“ statt. Der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Swiatkowski, der Schöpfer des modernen Gdingen, hielt eine große Rede, in der er auf die Bedeutung, die Gdingen und die polnische Küste für Polen haben, besonders hinwies. Der Präsident der Meeres- und Kolonialliga, General Kwaminowski, sagte in seiner Ansprache an den Staatspräsidenten, indem er darauf hinwies, daß die Meeres- und Kolonialliga bereits 600 000 Mitglieder zählt, folgendes: Wenn Polen seine große Aufgabe erfüllen soll, so muß es auf der Höhe der See- und Kontrollstaaten stehen, die entscheiden über Krieg oder Frieden, über Wirtschaft, Wohlfahrt und politisches Gleichgewicht. Der Wunsch der Meeres- und Kolonialliga sei, der Kriegsmarine Polens aus den Mitteln des polnischen Volkes diejenigen Beträge zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind, um eine starke und schützende Flotte zu bilden.

Den Höhepunkt der Feier bildete die Parade der polnischen Kriegsmarine vor dem Staatspräsidenten, die dieser auf dem Torpedoboot „Mazur“ abnahm. Die „Gazeta Polska“ bezeichnet die Parade als ein Schauspiel, das Polen noch nicht gesehen habe.

Wieder drei Deutsche in Polen verurteilt

Polen, 12. Juli.

In einer Gerichtsverhandlung in Schmiegel (Polen) wurden wiederum drei Deutsche, die Mitglieder der Jungdeutschen Partei sind: Neumann, Paul Link und Otto Link, zu Gefängnisstrafen von zehn Monaten bis zu drei Jahren ohne Bewährungsfrist verurteilt, weil sie sich, am 1. Mai 1937 von sechs Polen überfallen, zur Wehr setzten und im Handgemachten einen der Polen tödlich verletzten.

Die drei Deutschen waren von einer Versammlung auf Bahnrädern nach ihrem Heimatort unterwegs, als einer

von ihnen in der Ortschaft Roskisch von sechs Polen angefallen wurde, die auf den wehrlosen Deutschen mit Faustschlägen einwirkten. Auf seine Hilferufe kamen keine Kameraden herbei, und es gelang den drei Deutschen, sich die Weiterfahrt zu erzwingen. In derselben Nacht wurden sie verhaftet, da es sich herausgestellt hatte, daß einer der polnischen Angreifer im Handgemachten einen Stich mit einem Taschenmesser erhalten hatte, der seinen Tod herbeiführte. In der Gerichtsverhandlung traten die Angreifer als Zeugen auf (1), während die überfallenen Deutschen sich auf der Anklagebank befanden. Trotz der widersprechenden Aussagen der Zeugen fällt das Gericht das unverständliche Urteil.

Ein Mahöl für Pilsudski

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Juli.

In Polen besteht eine besondere Form der Ehrung verdienter Verdienste oder besonderer geschichtlicher Ereignisse: es werden Mahöl auf von beachtlicher Höhe aufgeschüttet, die weithin sichtbar, meist an historischer Stelle, errichtet werden. Nun wurde auch in Krakau in fast zweijähriger Arbeit der Mahöl zu Ehren Pilsudskis auf dem Sominiec fertiggestellt. In diesem Hügel ist Erde von verschiedenen Schichtfeldern und polnischen Weidenstätten niedergelegt. In einem besonderen Museum werden die zahlreichen Urnen, in denen die Erde begraben wurde, aufbewahrt. Außer den hierfür bestellten Arbeitern haben es sich viele schätzende Besucher Krakaus und Krakauer Bürger zur Ehre anzurechnen, einen Schaufelvoll Erde auf dem Hügel aufzuschütten. Namhafte Persönlichkeiten, die in dem ausgelegten Ehrenbuch verzeichnet sind, haben sich an dieser Arbeit beteiligt. Auf dem Gipfel des Mahöls wurde eine Karantafel mit Inschrift aufgestellt. Ein Feuerturm, an dessen Spitze wahrscheinlich noch ein Feuerwerk angebracht werden wird, krönt den Hügel. Die feierliche Weihe wird am 8. August, dem Jahrestage des Auszuges der polnischen Legion Pilsudskis, in Verbindung mit der Tagung des Verbandes polnischer Legionäre stattfinden.

NSA-Juden fordern diplomatischen Schritt in Warschau

Rabbiner Wise hegt bei Außenminister Hull

Washington, 12. Juli.

Eine von dem Rabbiner Stephen Wise angeführte jüdische Abordnung suchte am Montag Außenminister Hull auf und verlangte von ihm einen diplomatischen Schritt bei der polnischen Regierung zum Schutz der über drei Millionen in Polen lebenden Juden, deren Verfolgung, wie sich die Judenabordnung ausdrückte, „von der polnischen Regierung nicht nur geduldet, sondern gebilligt und sogar teilweise selbst betrieben werde“.

Rabbiner Wise begründete die unverrückbare jüdische Forderung mit dem Hinweis darauf, daß der polnische Staat seinerzeit unter Mitwirkung der Vereinigten Staaten und unter der Begründung geschaffen worden sei, die Minderheiten wähen gleichberechtigt behandelt werden. Die Lage der Juden in Polen, so behauptete Rabbiner Wise, sei heute schlimmer denn in irgendeinem anderen Lande der Welt.

Im Anschluß besprach der Rabbiner mit Außenminister Hull den Valentinplan der Weizsäcker-Kommission und brachte den schärfsten Protest der amerikanischen Juden gegen die von England vorgeschlagene Teilung vor.

Wieder ein jüdischer Mord in Polen

Warschau, 12. Juli.

An den drei Mordanschlägen, die Juden in letzter Zeit an Polen begangen und die die öffentliche Meinung im ganzen Lande in höchste Erregung versetzten, ist jetzt ein vierter hinzugekommen. In dem Warschauer Vorort Otwoz, einem bei den Juden sehr beliebten Willenort, hat ein jüdischer Metzger im Verlauf einer Meinungsverschiedenheit den Vorsitzenden einer polnischen Organisation mit einem Messermesser niedergeworfen. Der lebensgefährlich verletzte Pole wurde in das Krankenhaus gebracht, der Jude wurde verhaftet. Die begriffliche Empörung der polnischen Bevölkerung über diese erneute jüdische Provokation ist sehr groß.

Die große Zahl jüdischer Kapitalverbrechen und Gaunereien veranlaßt das polnische Volk, Schutzmaßnahmen in immer härterer Weise zu ergreifen. Die großen Jagdorganisationen beginnen mit der Einföhrung des Kriegerparagrafen; loben hat wieder ein Berufsverband, der der Elektroindustrie, entsprechende Satzungsänderung bei den Behörden beantragt. Diese und viele andere Abwehrmaßnahmen haben zu den unverfrorensten Protesten der Juden geführt, deren Wut jedoch das Gegenstück von dem Bewußtsein erzeugt.

Die Eisenbahndirektion in Katowitz a. S. hat, da sich die Juden wiederholt über das abweisende Verhalten der übrigen

Internationaler Mädchenhändler verhaftet

Warschau, 12. Juli.

Im D-Bezirk Bukarescht-Warschau konnte die polnische Polizei, die von den rumänischen Behörden entsprechend unterrichtet worden war, das Haupt einer internationalen Mädchenhändlerbande, einen Armenter namens Kurian, verhaften. In seiner Begleitung befanden sich drei junge Rumäninnen, die er nach Gdingen bringen wollte, wo er ihnen Stellung auf einem holländischen Dampfer „Vergen op Boom“ verschaffen hatte, der die Mädchen in Afrika absetzt nach Rio de Janeiro verschleppen sollte. Die drei Rumäninnen wurden in ihre Heimat zurückgeschickt, der Armenter befindet sich in Untersuchungshaft. Nach den bisherigen Ermittlungen sind durch ihn und seine Helferhelfer allein in den letzten Monaten wenigstens 200 Mädchen aus Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Polen über Gdingen nach Rio de Janeiro verschleppt und dort verkauft worden. Der Verhaftung des Armenters sind bereits weitere Verhaftungen in Polen und Rumänien gefolgt. Die Mädchenhändler haben ihre Opfer hauptsächlich unter arbeitslosen Rumäninnen, Statistinnen und ähnlichen Berufen gefunden.

Zum Tode verurteilter Raubmörder gefeiert

Braunschw. 12. Juli.

Die Justizpressestelle teilt mit: In der Strafsache gegen den Angeklagten Friedrich Olig wegen Raubmordes ist es der Staatsanwaltschaft nach wochenlangen Bemühungen ge-